

Die Reorganisationsvorhaben des österreichischen Bundesheeres und deren Rahmenbedingungen - Rückblick, Stand, Ausblick

Von Divisionär Ernest König

Ein derartiges Thema läßt erwarten, daß nach kurzer Erläuterung der bisherigen Entwicklung das Schwergewicht auf die Zukunft gelegt wird. Am wünschenswertesten wäre es wohl, die Struktur des österreichischen Bundesheeres im Jahr 2000 darzustellen. Das kann und darf es aber nicht sein, es wäre nämlich Scharlatanerie. Eines ist jedoch sicher: Je besser die Daten der Vergangenheit erfaßt, analysiert und in Zusammenhang gebracht werden können, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Vorhersage über die Entwicklung in der Zukunft auch bewahrheiten wird.

Den nachfolgenden Überlegungen wird folgender Aufbau zugrunde gelegt:

Erstens erfolgt eine themenbezogene historische Beurteilung, die bis zum Jahre 1955 reicht. Dem schließt sich eine zeitgeschichtliche Betrachtung an. Dabei wird es besonders darauf ankommen, die Wechselbeziehungen der Entwicklung Europas und seines Umfeldes mit seinen Auswirkungen auf Österreichs „inneres Umfeld“, seine Außen- und Sicherheitspolitik sowie seine militärische Sicherheit geschlossen zu erfassen. In diesem Sinne wird zweitens die Periode 1955 - 1986 im Rückblick behandelt und drittens die Zeit von 1987 - 1995 erfaßt. Wahrscheinlich wird sie sich später einmal als zusammenhängende Zeitspanne herausstellen. Sie wird unter den Titel „Heute“ gestellt. Eine untrügliche Meßlatte für die Substanz des politischen Wollens stellt der Prozentanteil für die Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt(BSP) dar. Darauf wird des öfteren Bezug genommen werden. Dem schließt sich viertens ein Ausblick an. Dabei erfolgen Hinweise auf eine alternative Entwicklung des europäischen Umfeldes oder aber für eine Handlungsalternative Österreichs in dieser Entwicklung.

Die Entwicklung bis 1955

Der österreichischen Geschichte wird binnen kurzem ein tausendjähriges Lebensalter zugebilligt werden. Unser Land hat sich in dieser Zeit oftmals hinsichtlich seiner Gestalt, Größe und Lage verändert. Machtpolitisch besetzte Gebiete wie Vorderösterreich veranlaßten zu einer Richtungsänderung vor etwa 300 Jahren in Richtung Süd und Südost, um dort wieder auf besetzte Regionen zu stoßen. Die damit verbundenen Konflikte haben Spuren hinterlassen, auch wenn es der latent innewohnende Wunsch war, im europäischen Kräftespiel „ne uter“ zu sein.

Das sicherheitspolitische Bewußtsein, und sei es im Unterbewußten, wurde in dieser Zeit insbesondere durch die geopolitische Lage geprägt: Österreich - gleich wie groß oder wie klein es immer sein mochte - befand und befindet sich auch heute noch in einer europäischen Flankenposition Richtung Osten. Die Erfahrung lehrt leidvoll, daß dieser Raum unnachsichtig ein Spannungsfeld darstellt.

Reorganisationen bis 1938

Einzelne Verantwortungsträger prägten durch Reorganisationsvorhaben in dieser Zeit die Streitkräfte derart, daß eine Kontinuität erkennbar wird. So gab Kaiser Maximilian I. seinen Streitkräften mit einer Neuordnung der Fußtruppen, Kavallerie und Artillerie ein zeitgemäßes Gepräge und schuf sich damit ein Instrument für seine politischen Ambitionen.

Der Herzog von Friedland führte im 17. Jahrhundert die Regimentsstruktur ein. Über auch im Winter intakte Truppenkörper verschaffte er sich einen Überraschungsvorteil. Wird heute von Privatisierung im Militär gesprochen, sei erwähnt, daß das „Militärunternehmertum“ auf die zwanziger Jahre des 17. Jahrhunderts zurückgeht.

Dem Prinzen Eugen von Savoyen war zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Einheit der politischen und militärischen Führung, also ein Zusammenwirken im Sinne umfassender Sicherheitspolitik, ein besonderes Anliegen. Ebenso drängte er auf die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls in den Waffengattungen, also auf eine innere Führung.

Den Heeresreformatoren Daun, Laudon und Lacy war der gesellschaftspolitische Ansatz, die Einheit von Verwaltung, Führung und Ausbildung als Basis der Reform ein besonderes Anliegen - sozusagen der Grundgedanke der Bundesheerreformkommission Anfang der siebziger Jahre! Darüber hinaus legten sie das Schwergewicht besonders auf die Offiziersausbildung. Zum ersten Mal erfolgte eine gesamtheitliche Erfassung der Wehrpflichtigen. Ihnen sowie Erzherzog Carl zu Beginn des 19. Jahrhunderts dienten Niederlagen als Auslöser, um Reformen durchsetzen zu können. Carls besonderes Anliegen war die Spitzengliederung und die Landwehrorganisation sowie die strategische Denkschule. Unverstanden angewandt führte sie jedoch 1866 zur politisch einschneidenden Niederlage gegen die Preußen. Feldmarschall Radetzky hingegen verstand es um 1830, seine Reformen in den Bereichen Ausbildung und Manöver auf Gegenseitigkeit durchzusetzen. Der Generalstab wurde reformiert. Die Technik der Eisenbahnstrategie erhöhte die Mobilität.

Feldzeugmeister Kuhn brachte 1867 die allgemeine Wehrpflicht zum Durchbruch, der Einjährig Freiwillige wurde geschaffen.

Conrad von Hötzendorf und Erzherzog Franz Ferdinand war es zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorbehalten, das österreichische Heer an die technischen Standards der weiterentwickelten Heere im Umfeld heranzuführen.

Schließlich erwähnt sei noch Feldmarschalleutnant Jansa, der in den dreißiger Jahren ein Abwehrdispositiv mit Tiefe aufbauen wollte, um einer Abhaltestrategie zu entsprechen. Im Inneren uneinig, wirtschaftlich und politisch unterwandert und ohne Unterstützung von außen konnte diese Überlegung jedoch nicht aufgehen. Bemerkenswert bei diesen Reorganisationen ist, daß die Technik, also Waffen und Geräte, die Struktur in enger Wechselbeziehung zum operativen Denken und diese wiederum die Ausbildung bestimmten.

Die Zeit nach dem 2. Weltkrieg

Das Europa des 20. Jahrhunderts war besonders geprägt durch zwei Weltkriege um die Vormachtstellung. Sie mündeten 1945 in der vollkommenen Erschöpfung der europäischen Länder.

Nunmehr standen sich die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion gegenüber. Die Durchsetzung des Kommunismus im Osten Europas, der Bürgerkrieg in Griechenland, die Entwicklung in Polen im Gegensatz zu Stalins Versprechungen, die Gründung des Staates Israel sowie der Krieg zwischen den beiden Koreas positionierte die beiden Supermächte in kürzester Zeit.

Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung war die Erkenntnis des damaligen US-Präsidenten, daß die europäische Gegenküste ohne Deutschland ein sowjetisches Europa zur Folge hätte. Die Strategie setzte sich in der Folge über drei Instrumentarien durch:

- die Wirtschaftshilfe über den Marshall-Plan, in den die Vereinigten Staaten 2,8 % ihres Bruttosozialproduktes investierten,
- den Aufbau einer nuklearen Zweitschlagskapazität,
- den Aufbau einer Vorverteidigung in Europa.

Deutschland wurde zunächst in die Gemeinschaft und dann in die Allianz eingebunden. Damit ist der Bezug zu Österreich hergestellt. In Österreich selbst herrschte trotz unterschiedlicher ideologischer Positionen das Gemeinsame bei weitem vor. Die Zielsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik war es, die Besetzung möglichst bald zu beenden und die Souveränität wieder herzustellen.

Im Sinne der militärischen Sicherheit wurde Anfang der fünfziger Jahre in den westlichen Besatzungszonen mit je einer Gendarmeriealarmabteilung, der sogenannten B-Gendarmerie, der Nukleus des zukünftigen österreichischen Bundesheeres gebildet. 1955 standen in Gendarmerieschulen 7.000 Mann qualifizierten Kaderpersonals zur Verfügung.

Österreichs Neutralität

Auf Österreichs Neutralität einzugehen ist unerlässlich. Die historischen Wurzeln im vorigen Jahrhundert gingen sicher darauf zurück, nicht in den europäischen Vormachtstreit miteinbezogen zu werden. Die Enttäuschung der Sozialisten über ihre eigene Entscheidung, zum Eintritt in den Ersten Weltkrieg „Ja“ zu sagen, war so groß, daß sie sich im „Hainburger Programm“ mit einem „Nie wieder“ artikulierten.

1934 - 1938 war unser Land, aus welchen Gründen immer, zwar nicht neutral, aber verlassen, von 1938 bis 1945 nicht existent.

Nach 1945 wurde über den indischen Außenminister der Gedanke Neutralität/Souveränität ventiliert und führte 1955 nach Erkennen der historischen Sternstunde durch die österreichischen Politiker zum Erfolg. Das einschlägige Verfassungsgesetz drückt aus, daß diese Neutralität eine militärische sei, die in einer klaren Ziel-Mittel-Relation zu sehen ist. Das Ziel ist dabei die Souveränität und Integrität, das Mittel die permanente Neutralität. Ab Ende der sechziger Jahre entwickelte sich die Neutralität jedoch hin zu einer Art österreichischer Identität. Die Auffassung verbreitete sich allgemein, daß alles, was in Österreich zum Guten, wie sozialer Friede, Wirtschaftswachstum, internationale Anerkennung geführt hatte, sowie geringe Aufwendungen für die eigene Sicherheit auf die Neutralität zurückzuführen wären. Im Juni 1994 wurde diese Neutralität schon wieder wesentlich sachlicher und pragmatischer gesehen. Es ist zu erwarten, daß diese Betrachtungsweise nach dem "EU-Schock" 1995 jedoch wieder Platz greifen wird.

Zusammenfassend ist festzuhalten:

- Die geopolitische Lage und Erfahrung lehren, daß sich unser Land weder der europäischen Flankenposition noch dem damit verbundenen Spannungsfeld entziehen kann. Die politischen Verantwortlichen müssen das Beste daraus machen. - Erfolgreich war Österreichs Agieren immer dann, wenn es vorausschauend erfolgte, im Inneren Einigkeit bestand, sozusagen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt wurde. Oft war dies jedoch erst nach bitteren Lehren möglich. Persönlichkeiten prägten die Entwicklung.
- Wie ein roter Faden zieht sich der Mangel an Ressourcen durch Österreichs sicherheitspolitische Geschichte.
- Ein außen- und sicherheitspolitisches Denken konnte sich nur zögernd entwickeln, die Fragen der Sicherheit werden gesellschaftlich immer umfassender betrachtet.
- Technik und Struktur bedingen, wenn auch in enger Wechselbeziehung, Operation und Ausbildung.
- Eine Kontinuität wird, wenn auch verdeckt, erkennbar.

Der Zeitraum von 1955 bis 1986

Nicht die dreißig Jahre dieser Zeitspanne sind wesentlich, sondern ihr Beginn und ihr Ende. Österreich erhielt 1955 seine Souveränität zumindest weitgehend zurück, und dieses Jahr kann auch als das Geburtsjahr der österreichischen Streitkräfte bezeichnet werden. Der Rückblick reicht deswegen bis Ende 1986, weil im Folgejahr Österreich begann, mit Überzeugung seinen Weg nach Europa zu gehen. Die daran anschließende Heeresgliederung 87 findet ihre Begründung auch im sich abzeichnenden Ende der Blockkonfrontation.

Europa und sein Umfeld waren in dieser Zeit vor allem durch folgende Ereignisse geprägt:

- das Kräftemessen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, das bis an den Rand des Dritten Weltkrieges führte,
- die Vorstellung der Sowjetunion, die Vereinigten Staaten "überholen" zu können,
- die „68er-Bewegung“,
- die nachhaltige Krise der Führungsmacht USA zu Beginn der siebziger Jahre, die bis in die frühen achtziger Jahre anhielt,
- der Beginn der Gespräche betreffend die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ab Mitte der siebziger Jahre und die folgende Eurosklerose, die sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in eine atemberaubende Dynamik umwandelte.

Schritte der Heeresorganisation

Im weiteren wird der Versuch gemacht, die Entwicklungen in der Zeitspanne einer Heeresorganisation oder Reorganisation zu erfassen. Sie betreffen, wie erwähnt, Europa und sein Umfeld, Österreich in seiner inneren Entwicklung mit der Betonung der Außen- und Sicherheitsaspekte sowie die militärische Sicherheit selbst unter besonderem Hinweis auf Struktur, Hauptwaffensysteme und Konzepte.

Ab 1950 führte die Annahme einer bald wieder hergestellten Souveränität zur bereits dargestellten Aufstellung der B-Gendarmerie. 1955/56 wurde die Zwischen-Tauwetterzeit in Europa sowohl durch Österreich als auch durch Finnland genutzt. Der Staatsvertrag führte zu einer Aufbruchsstimmung. Der Kompromiß stand jedoch an der Wiege des österreichischen Bundesheeres: Zwölf Monate Wehrpflicht von der Volkspartei propagiert stand der Wunsch nach sechs Monaten der Sozialisten gegenüber, was schließlich zu neun Monaten führte.

Aus den Äquivalenten von drei kleinen Führungsverbänden, 19 Kampfverbänden, vier Unterstützungsverbänden sowie von Ansätzen von fliegenden Kräften sollte ein Heer mit drei Gruppenkommanden mit einem Personalstand von 60.000 Mann entstehen.

Die „Schmetterling-, Raupen- und Insektensammlung“ der Alliierten als erste materielle Ausrüstung des österreichischen Bundesheeres sollte sich für die spätere Entwicklung des österreichischen Bundesheeres als Danaergeschenk erweisen. Dem Finanzminister ersparte dies, einen Investitionsansatz 40108 des Budgetvoranschlages vorzusehen. Dieser Bereich blieb bis heute unterdotiert. Der Kader der B-Gendarmerie erlaubte jedoch den raschen personellen Aufbau.

Der durch den Suez-Konflikt in den Schatten gestellte Ungarn-Aufstand von 1956 führte zu einer Migrationswelle nach Österreich, die durch die Bevölkerung aufgenommen wurde. Die zu diesem Zeitpunkt aufgestellten 23.000 Mann des Bundesheeres wurden an der ungarischen Grenze eingesetzt. Die Hauptbewaffnung bestand aus M24, M41 und T34/85-Panzern, aus gezogener 10,5 - und 15,5 cm - Artillerie sowie aus DeHavilland-, Vampire- und Fouga Magister-Düsenflugzeugen. 1958 kam es während der Libanon-Krise wegen der Überflüge von US-Maschinen zu einer Drohgebärde seitens der Sowjetunion gegenüber Österreich und in Folge zu einer Beschaffung von Großraumradargeräten, die letztlich zum Luftraumüberwachungssystem "Goldhaube" führten.

Das weitere Kräftemessen der Großmächte mit zum Teil gefährlichen Entwicklungen wurde in Österreich wegen des anlaufenden kleinen Wirtschaftswunders und der sich entwickelnden Wohlfahrt wenig beachtet. Dabei war der Stellenwert Österreichs hinsichtlich seiner sicherheitspolitischen Bedeutung bei den westlichen Staaten zu dieser Zeit recht hoch. Die Außen- und Sicherheitspolitik Österreichs war eher westorientiert, die Neutralität eine militärische.

Die Heeresstruktur Ende der fünfziger Jahre umfaßte acht Brigaden, davon vier motorisierte Feldjägerbrigaden. Eine Panzerbrigade entstand aus der Panzertruppenschule, eine Infanteriebrigade wurde in eine Panzerbrigade umgewandelt, die Panzertruppen mit M47, Charioteer und AMX 13 ausgestattet, das Kommando Luftstreitkräfte gegründet. Finanzielle Engpässe erlaubten es jedoch nicht, bei den Brigaden die angestrebte Vierer-Gliederung einzunehmen.

Anfang der sechziger Jahre war der europäische sicherheitspolitische Handlungsspielraum blockiert. Nuklearstrategien wurden entwickelt, der Grundsatz „Cuius regio, eius religio“ griff Platz. In Grauzonen wurden Versuche der Machterweiterung unternommen, in Übereinstimmung der Großmächte erfolgten Peacekeeping-Operationen.

In Österreich selbst begannen sich die Parteien politisch stärker zu positionieren, der Proporz um sich zu greifen. Der Schock der Berlin-Krise 1961 wirkte sich im Sicherheitsdenken aus.

Die Heeresgliederung 62 wurde in Angriff genommen, sie umfaßte fünf Jägerbrigaden, zwei Panzergrenadierbrigaden sowie drei Reservebrigaden, gebildet aus drei Ausbildungsregimentern. Im Jahre 1964 wurde eine Jägerbrigade in eine Panzergrenadierbrigade umgewandelt. Die Ausrüstung mit dem mittleren Kampfpanzer M60A1 begann. Die Fliegerkräfte erhielten als Interceptor gebrauchte SAAB J 29. Die Absicht war, mit dieser Gliederung eine signifikante Verbesserung der Einsatzbereitschaft und der Ausbildung zu erreichen. Die operative Verlegbarkeit wurde verbessert, ein Luftschirm eines "Grünstaates" angenommen, hinhaltender Kampf und bewegliche Verteidigung zum wesentlichen Kampfverfahren. Grenzschutz- und Sicherungseinheiten wurden in acht Landwehrregimentern zusammengefaßt. Das

Budget stieg im Folgejahr auf 1,5 % BSP-Anteil an, sank aber in den Folgejahren wieder ab. An der Wiege dieser Heeresgliederung stand die Auseinandersetzung zwischen Planern und Operateuren über die Größe der neuen Struktur. Nach Ansicht der Operateure war sie gerade ausreichend, nach Auffassung der Planung in Relation zu den verfügbaren personellen und finanziellen Mitteln um etwa 30 % überhalten. Damit waren die Weichen zur Heeresgliederung 68 gestellt. In der inneren Struktur mußte etwa ein Drittel der einsatzbereiten Verbände mobilmachungsabhängig gemacht werden. Das Jahr 1968 war europaweit gezeichnet von der „68er-Bewegung“ und dem „Prager Frühling“ mit seiner ernüchternden Fortsetzung, wie sie in der Breschnew-Doktrin zum Ausdruck kam. In Österreich wurde in der ideologischen Umkehr die Lehre aus den tschechischen Ereignissen in ein Volksbegehren zur Abschaffung des österreichischen Bundesheeres umfunktioniert, das aber scheiterte. Außenpolitisch war das Verhalten Österreichs eher vorsichtig. Hinsichtlich der Aufwendungen für das österreichische Bundesheer wurden de facto keine Konsequenzen gezogen, sechs Monate Wehrpflicht wurden unterschwellig als ausreichend propagiert. Nach dem Groß-Manöver „Bärentatze“ hinterfragte man das der Heeresgliederung 68 zugrunde liegende Konzept zunehmend.

Im Zeitraum um die Heeresgliederung 72 zogen sich die Vereinigten Staaten aufgrund der Vietnam-Ereignisse und der Erkenntnis um die eigenen Probleme im Inland zurück. Der Ölschock bremste das Wirtschaftswachstum. Die KSZE wurde als sowjetischer Erfolg gewertet. In Österreich erhielt die Neutralität einen immer höheren Stellenwert, und die sozialistische Regierung, die die Volkspartei abgelöst hatte, leitete den Umbau der Gesellschaft ein. Die Finanzierung dieses Vorhabens stand im Widerspruch zu der sich abzeichnenden Rezession. Nach außen wurde eine aktive Außenpolitik propagiert und eine Äquidistanz zu den Großmächten eingenommen. Die Neutralität mutierte von einem Mittel zu einem Ziel. Das österreichische Bundesheer erlebte eine vierjährige Periode der Isolierung. Die Regierung betrieb zunächst in Fragen der Sicherheitspolitik den Standpunkt einer Opposition. Eine Reformkommission strebte die gesellschaftliche Integration des Heeres an. 1974 war der Damm gebrochen, die Verteidigungsdoktrin wurde 1975 beschlossen, der Landesverteidigungsplan erarbeitet, das Verteidigungsbudget erfuhr dann über 12 Jahre ein jährliches Realwachstum von über 3,5 %.

Anfang der siebziger Jahre wurde dem Konzept der Vorneverteidigung die Hypothese des „Reduits“ gegenübergestellt sowie das als „Spannocchi-Doktrin“ bekannte Gesamtraumverteidigungskonzept, eine Billigvariante unter dem Schlagwort des Unterlaufens der Technik. Das Ergebnis war letztlich die Raumverteidigung mit ihren Schlüsselzonen in entscheidenden Geländeteilen, also eine Verteidigung zwischen „vorne“ und „hinten“, das strategische Ziel, nämlich die Abhaltung, blieb dasselbe, sie sollte jedoch über ein vorwiegend statisches Konzept erreicht werden. Diese Überlegungen fanden allgemein Akzeptanz und deckten sich auch mit der Regierungspolitik.

Die Landwehrorganisation 78 gab diesen Überlegungen den organisatorischen Rahmen in Form von Landwehrstammregimentern, aus denen die Mobilmachungsorganisation, Brigaden und Landwehrregimenter erwachsen.

Im europäischen Umfeld wirkte sich der Rückzug der Vereinigten Staaten bis in die Anfänge der achtziger Jahre aus. Der sicherheitspolitische Stellenwert Österreichs wurde rückgereiht, die „Eurosklerose“ der ersten Hälfte der achtziger Jahre führte zu Ratlosigkeit.

Im Kalten Krieg fand die letzte strategische Auseinandersetzung statt: Dem sowjetischen Mittelstrecken SS 20-Konzept wurden die strategische Verteidigungsinitiative und der NATO-Doppelbeschluß sowie die Flexible Response gegenübergestellt, trotz einer weltweiten Informationskampagne begann die sowjetische Führung Wirkung zu zeigen.

In Österreich erholte sich die Wirtschaft leicht, das „Deficitspending“ wurde jedoch über diese Erholung hinaus fortgesetzt. Eine „Forder“-Gesellschaft entwickelte sich, Bürgerinitiativen bildeten sich, eine satte Unzufriedenheit machte sich bemerkbar, das Mediengesetz 82 forcierte die Negativberichterstattung. 1983 bildeten die Sozialisten eine Koalition mit den liberalen Freiheitlichen. Die Außenpolitik wurde von einer eher kritischen Einstellung gegenüber den Vereinigten Staaten und Israel gekennzeichnet.

Politisch paßte die in Umsetzung begriffene Raumverteidigung in das Konzept eines zwischen Blöcken eingeklemmten Neutralen.

Über einen forcierten Ausbau der Festen Anlagen gab es aber aus zwei Gründen unterschiedliche Auffassungen, erstens sind sie von der zunehmenden Qualität der Präzisionswaffen gefährdet und zweitens liegen sie operativ nach einigen Jahren oft in den falschen Räumen. Hiezu meinte etwa General Truxa, daß eine Feste Anlage eine tolle Sache wäre, insbesondere dann, wenn man sie bewegen könnte - dann wäre es aber ein Panzer!

Mit der Entscheidung zum Interzeptor SAAB J 35 wurde zwar die nicht gerade glückliche Entscheidung von einer Einheitsausstattung mit SAAB 105 O zu Beginn der siebziger Jahre korrigiert, erzeugte aber nachhaltige innenpolitische Turbulenzen.

Betrachtet man heute den Zeitraum von 1955 - 1986, erkennt man eine erste Phase einer sicherheitspolitischen Westorientierung. Bei der Wiedergeburt der Streitkräfte stand dann ein Kompromiß betreffend die Wehrpflicht und ein vollkommenes Fehlen von finanziellen Vorsorgen für Rüstungsinvestitionen Pate. Dieser Ressourcenmangel führte zu mehreren Versuchen der Strukturoptimierung, keine davon konnte jedoch auch aus diesen Gründen durchgezogen werden. In einer zweiten relativ ungefährdeten Phase lebte Österreich wie Europa trotz sowjetischer Bedrohung unter dem Schirm der Pax Americana. Die aktive Außenpolitik bewirkte keine Integration, die innerösterreichische Ächtung von Gewalt hatte wenig Einfluß auf deren Anwendung. Auch das Wegdiskutieren von Bedrohungen änderte dies nicht. Die wirtschaftliche Eingebundenheit vermittelte weiterhin das Gefühl der Zugehörigkeit zum Westen. Der Schutz wurde international quasi mitgeliefert. Die österreichischen Streitkräftestrukturen und -konzepte fanden sich jedoch in Übereinstimmung mit der Staatspolitik und fanden Akzeptanz. Mehr Geld wurde zur Verfügung gestellt, die technisch bedingte zeitliche Begrenzung der Raumverteidigung wurde jedoch bald erkennbar, die politische ab 1987. Die Mitgestaltung im Bereich der internationalen Sicherheitspolitik bestand im Anbieten der guten Dienste eines Neutralen und wurde zeitweise auch in Anspruch genommen. Nicht auszuschließen ist, daß dieser Periode später einmal der Stellenwert einer österreichischen Identitätsbildung zugebilligt werden wird.

Die Heeresreformen 1987 – 1995

Dieser Zeitraum ist als ein zusammengehöriger zu betrachten, weil Österreich 1987 seine eindeutige Orientierung Richtung Europa einleitete. Mit der Heeresgliederung 87 wurde der Ausbau zur Raumverteidigung beendet und die bestehende Organisation optimiert. Es handelte sich sozusagen um eine Bremsstrecke zur Heeresgliederung-Neu. 1995 wiederum wird aller Voraussicht nach deswegen zu einem Meilenstein werden, weil Österreich seine Position für die Regierungskonferenz der Europäischen Union in diesem Jahre festlegen und mit Ende 95 die Heeresgliederung-Neu in den personellen Strukturen eingenommen haben wird.

Entwicklungen in Europa und seinem Umfeld

Die Sowjetunion gab den Kampf um die Vormachtstellung auf. Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges kam es in Europa zu einer signifikanten Reduktion des Umfanges der nationalen Streitkräfte im Rahmen des KSE-Vertrages. Die Warschauer Vertragsorganisation zerfällt. Ende 1990 wurde die Charta von Paris beschlossen, was in Analogie zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf ein friedliches Miteinander hoffen ließ. Die Operation „Desert Storm“ (1991) lief unter der Ägide der Vereinten Nationen und unter dem Kommando der Vereinigten Staaten am Persischen Golf ab. Die Krise am Balkan erreichte militärische Dimensionen.

Der Kalte Krieg wurde also durch eine neue Weltunordnung ersetzt. Es handelt sich um eine Konstellation, in der Europa nicht als Großbasar, sondern politisch gefragt und gefordert ist. Der Ereignisdruck hat jedoch bisher noch nicht ausgereicht, um eine übereinstimmende und effektive Vorgangsweise zu bewirken.

Auswirkungen auf die Heeresorganisation

Im Zeitraum der Umsetzung der Heeresgliederung 87 ist folgende Entwicklung im europäischen Umfeld zu verzeichnen:

Die Vereinigten Staaten sind mit der Strategie des "Niederrüstens" erfolgreich. Die Sowjetunion zeigt Wirkung. Es kommt zum KSE-Vertrag, zur Wende in Osteuropa, zur Charta von Paris. Die Verteidigungsbudgets in Europa gehen auf durchschnittlich 2 bis 2,5 % BIP-Anteil zurück. Die Sowjetunion löst sich auf. Rußland bleibt in einem mehr oder weniger lockerem Verband mit den ehemaligen Sowjetrepubliken.

Die große Koalition in Österreich wird trotz Auffassungsunterschieden zur Europakoalition. Innenpolitisch wird als Reaktion auf die Wende die Idee eines „Bundesheer light“ vermarktet. In der Außenwirksamkeit geht der Stellenwert der N+N-Staaten weitgehend verloren. Europa tritt in den Vordergrund. Mit der Heeresgliederung 87 wird der weitere Ausbau der Landwehrorganisation 78 eingestellt, die bestehende Organisation arrondiert und optimiert. Die Bedeutung des Konzeptes der Raumverteidigung tritt aus technischen, praktischen und politischen Gründen in den Hintergrund. Sie hat nicht mehr die Bedeutung des „Hauptkampfverfahrens“. Im Bereich der Hauptwaffensysteme kommt es zu einer signifikanten Verbesserung. Die mittlere Kampfpanzerflotte wird auf einen modernen Standard nachgerüstet. Die Entscheidungen zur Einführung der Panzerabwehrlenk Waffen und Fliegerabwehr lenk Waffen werden gefaßt, womit das österreichische Bundesheer den Schritt zu einem zeitgemäßen Heer macht. Es kann festgestellt werden, daß in dieser Periode die Zeichen der Zeit erkannt wurden und auch reagiert wurde. Für die Miliz und die in ihr engagierten Staatsbürger bedeutet der Systemwechsel jedoch eine starke Belastung.

Mit dem Golfkrieg des Jahres 1991 und den Auswirkungen der jugoslawischen Krise unmittelbar an Österreichs Grenze sowie den Konflikten in der Kaukasus-Region waren auch die Bundesheer-light-Aktivitäten ihrer Aktualität beraubt. Nach außen bekennt sich Österreich zur europäischen Solidarität.

Militärisch ist die Wende, ausgelöst durch eine Umfeldanalyse, die Heeresgliederung Neu des Jahres 1992 eingeleitet worden. In Maastricht werden, wenn auch zögernd und über Hürden, die Weichen in Richtung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gestellt. Die Europäische Gemeinschaft (EG) nennt sich nunmehr Europäische Union (EU) und versucht eine solche auch zu werden. Rußland ist bemüht, wieder ins Spiel zu kommen. Die mittel- und südosteuropäischen Staaten sind in der Zwischenzone verunsichert. Der Islamismus wirft nachhaltig seine Schatten. Die Sicherheit betreffend werden Einsätze des Bundesheeres an Österreichs Südostgrenze notwendig. In der Öffentlichkeit werden Sofortreaktionen, sozusagen ein Aufrüsten innerhalb von Monaten, erwartet, das jedoch ohne Änderung der Rechtsnormen der Republik Österreich kaum möglich ist. Nach entsprechenden Analysen und Festlegung der Prioritäten für die neue Heeresgliederung mit den Schwergewichten Führung, Aufklärung, Luftraumverteidigung und Fliegerabwehr werden Friedens- und Mobilmachungsorganisation den neuen Aufgaben, insbesondere den Präsenznotwendigkeiten angepaßt. Eine operative Verlegbarkeit wird möglich sein. Zur Kernaufgabe Verteidigung treten weitere Aufgaben und internationale Verpflichtungen. Die taktische Beweglichkeit wird erhöht, es entsteht ein Heer „für jede Jahreszeit“. Die Struktur selbst ist für weitere Entwicklungen offen. Im weiteren entscheiden sich die österreichischen Staatsbürger mit überwältigender Mehrheit für die EU in Kenntnis der damit verbundenen Sicherheitskomponente. Der Freude folgt die politische Erschöpfung und der Schreck über konkrete Konsequenzen. Die Bereiche Äußeres und Sicherheit werden vom Bekenntnis zur Teilnahme an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geprägt. Als Beobachter bei der Westeuropäischen Union (WEU) und Teilnehmer bei der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP) stellt man die Weichen in die Zukunft. Die Neutralität definiert sich in ihrem militärischen Grundgehalt. Ein völkerrechtlich aktueller Außenbezug ist derzeit kaum erkennbar. In der Organisation des Heeres selbst ermöglichen wehrgesetzliche Änderungen den Personalaufbau, rüstungsmäßig erfolgt der größte Modernisierungsschub seit Gründung des österreichischen Bundesheeres.

Zusammenfassung der Heeresentwicklung 1987 bis 1995

Zu diesem aktuellen Zeitraum kann zusammenfassend nur festgestellt werden, daß zum Ende alles anders ist, als es am Anfang war. Was für Europa notwendig ist, ist klar. Was davon realisiert wird, wie rasch es geht und was nicht in Angriff genommen wird, wird die Zeit weisen. Für das Heer selbst ist anzumerken, daß es Gefahr läuft, in eine Schere zwischen Auftrag und Mittel zu kommen. Das Parteienübereinkommen und die Regierungserklärung legen das Gewicht auf Modernisierung. Finanziell bleibt jedoch der Engpaß. Der im Hinblick auf seine "soziale Verträglichkeit" im Einvernehmen erstellte Organisationsrahmen ist personell schwer auffüllbar.

Insgesamt ist zu den letzten 40 Jahren festzustellen, daß die Entwicklung Europas mit seinem Umfeld und die Österreichs grundsätzlich kongruent sind. Die Richtung ist erkennbar, gleiches müßte auch für das militärische Instrument irgendwann in der Zukunft gelten. Halbherzigkeiten in diesem Prozeß sollten vermieden werden. Es würde sicher mehr ruiniert als gespart und Ressourcenkonflikte ins Heer getragen werden. Zu fragen, was nun wichtiger wäre, Ausbildung oder Einsatzbereitschaft oder Rüstung oder sozialer Rahmen, wären der optimalen Aufgabenerfüllung abträglich.

Ausblick

Für den Zeitraum ab 1996 ist mit Sicherheit anzunehmen, daß alles, was mit Europa in Zusammenhang steht, von vorrangiger Bedeutung sein wird. Im Mittelpunkt wird die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) als zweite Säule der EU gesehen werden. Feststellungen zur Zukunft sollten besser auf gesicherten Aussagen beruhen. Dies wurde durch eine hochrangige Expertengruppe der Europäischen Kommission oder aber durch verschiedene politikwissenschaftliche Institutionen wie z.B. die Stiftung Wissenschaft und Politik getätigt. Schlußfolgerungen für Österreich wurden u.a. durch Univ.Prof. Dr. Heinrich Schneider und den Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Werner Fasslabend getätigt.

Die Entwicklungstrends in und um Europa

In der EU sind im Bereich der GASP seit 1991 sicher Fortschritte zu verzeichnen. Zu nennen sind hier die CJTF-Absicht, die Weiterentwicklung des Eurokorps, die Möglichkeit, nunmehr auch deutsche Soldaten ins Ausland zu entsenden. Die "Architektur" hat sich also verbessert.

Die Ergebnisse hingegen waren eher nicht nennenswert, der Einsatz in Bosnien im Winter 1993 eigentlich ein Versager. Und was wird mit der WEU in Zukunft? Ohne Machtprojektionsfähigkeit bleibt nämlich die EU mit ihrer GASP und der WEU ohnmächtig. Die Probleme sind bekannt, sie liegen in den Interessensgegensätzen der Nationen. Verfolgt Frankreich z.B. eine gewisse wirtschaftspolitische Eigenständigkeit, liegt die politische Einheit den Deutschen und Holländern besonders am Herzen.

Dabei häufen sich Risiken, Gefahren und Bedrohungen. Nachstehende Stelle stammt etwa aus dem Bericht der hochrangigen Expertengruppe über die Voraussetzungen für eine glaubwürdige GASP im Jahre 2000, erstellt über Auftrag der Europäischen Kommission vom März 1994: „Rußland, die Ukraine, Mittel- und Osteuropa, der Balkan, das Erstarken des religiösen und ethnischen Nationalismus, ausländerfeindliche Abkapselungserscheinungen (auch innerhalb der Union selbst), der Mittelmeerraum, der islamische Fundamentalismus, die Waffenproliferation und das organisierte Verbrechen sind auf diese Weise in sehr kurzer Zeit zu entscheidenden Fragen für die Sicherheit der Europäischen Union geworden ... Die Union behandelt diese Fragen immer noch nicht und wenn, dann nur deklaratorisch, weil ja eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, immer noch fehlt.

Ein doppelter Krisenbogen um Europa wird also erkennbar: Im Osten sind es wieder die historisch umstrittenen Regionen zwischen dem westlichen Europa und Rußland, wobei nicht zu vergessen ist, daß Europa und Rußland einen Kontinent teilen. Im südlichen Krisenbogen stellen die genannten Gefährdungen zusammen mit der Bevölkerungsexplosion moderne Staatsgebilde in diesem Raum in Frage.

Die in unserem Land beliebte Form des Wegdiskutierens von Gefährdungen (so etwa jüngst in den Studien der Schlaininger Friedensforscher Truger, Heinrich und Rotter, vorgelegt Anfang Juni 1995) muß kritisch beurteilt werden. Wie oftmals dokumentiert, haben sich diese Denkschulen in der Vergangenheit, auch der jüngeren und jüngsten, dramatisch geirrt.

Zusätzlich haben westliche Gesellschaften Probleme mit ihrem Wertesystem. Dem individualistischen, egozentrischen, kurzlebigen und konsumorientierten Denken steht in den östlichen und südlichen Staaten die Suche nach kultureller, ethnischer und religiöser Identität gegenüber.

Nach Karl Popper „Freie Gesellschaft und ihre Feinde“ sind die „ismen“ diejenigen, die sich im Besitz der endgültigen Wahrheit vermeinen und damit sind sie alle gefährlich: der Kapitalismus, der Sozialismus, der Liberalismus, der Radikalismus, der Nihilismus, der Egoismus, der Nepotismus, der Fundamentalismus oder der Nationalismus. Man ist gut beraten, von Viktor Frankls nüchterner Analyse des Gesellschaftssystems auszugehen, nämlich, daß der Mensch per se nicht nur gut alleine ist. Die Gesellschaft hat jedoch Spielregeln zu entwickeln, daß dem „Weisen und Guten“ die Verantwortung übertragen wird.

An die Stelle des Kalten Krieges traten also weltweite multinationale Zielkonflikte. Es ist nicht auszuschließen, daß die Hauptakteure deswegen verhalten, weil sie ihren Standort für die erwartete

Regionenkonfrontation bestimmen wollen. Trotz der erkannten Notwendigkeit einer GASP erzeugt dies Ratlosigkeit im Bereich der Europäischen Union.

Folgende Themen für die Regierungskonferenz 1996 sollten daher, abgesehen von einem außen- und sicherheitspolitischen Generalsekretär oder einer vergleichbaren Konstruktion und einem internationalen Vertreter der Union, für Österreich besonders relevant sein. Ziele, Verfahren und Instrumente der GASP sollten sich auf diese Punkte konzentrieren:

- Festlegen der gemeinsamen militärischen Mittel, also einer kompletten europäischen Eingreiftruppe mit Zeitplan und Teilnahmekriterien.
- Festlegen des Weges zu einer kollektiven Verteidigung. EU und WEU werden im Jahr 2000 eine Einheit. Die Frage WEU/NATO müßte sich in dieser Zeit klären.
- Beschlüsse ohne militärischen Einsatz sind mit qualifizierter Mehrheit zu treffen.

In Summe braucht die EU also Macht und Eskalationsfähigkeit oder sie versinkt in die Bedeutungslosigkeit. Die entscheidende Frage bleibt, ob sich die europäische Vernunft oder das nationale Ego durchsetzen werden. Eine Katastrophe könnte als Katalysator wirken: Entweder geht es unter deren Druck rascher - oder aber es kommt zum Bruch.

Für unser Land und für Europa als Ganzes würde ein Scheitern einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine neue Lage ergeben, wahrscheinlich eine mißliche.

Kriterien für eine zeitgemäße Sicherheitspolitik

Wenn es aber in Richtung einer wirklichen EU geht, dann heißen diese:

- Sie hat umfassend zu sein, um alle für die Friedensförderung maßgeblichen, direkten und indirekten Machtressourcen miteinzubeziehen.
- Vorkehrungen für die ultima ratio, also für den Einsatz des Militärs, sind zu treffen - Eskalationsfähigkeit, um nicht eskalieren zu müssen.
- Gleichgesinnte haben sich im Wege der Integration zusammenzuschließen.
- Für Österreich ist das Engagement für eine multinationale Sicherheit der beste Weg.
- Österreichs Sicherheit ist mit der europäischen Sicherheit untrennbar verbunden.

Sollte der populistisch-demokratische Willensbildungsprozeß diesen Überlegungen nicht folgen, dann würde das bedeuten:

- Mehrkosten für weniger Sicherheit. Das hätte keine österreichische Tradition und hieße dann wahrscheinlich weiterhin wenig Kosten für noch weniger Sicherheit.
- Hoffen auf den "Trittbrettfahrerbonus" - das war im Kalten Krieg erfolgversprechender.
- Fortsetzen der Überzeugungsarbeit für einen späteren Zeitpunkt in der Hoffnung, daß „einstweilen“ nichts schiefeht.

Folgerungen für Österreich

Setzt sich jedoch die Auffassung durch, daß Österreichs Sicherheit mit der europäischen Sicherheit verbunden ist, und geht die EU diesen Weg, dann hat dies Konsequenzen für die sicherheitspolitische Strategie Österreichs. Angenommen wird, daß das Votum der Österreicher für dieses Europa das wahrscheinlichere ist, weil diese stets im entscheidenden Moment ein Gefühl für das Folgerichtige entwickeln. Daraus folgt:

- Wegen seiner Randlage ist das militärische System zu optimieren und offenzuhalten für Entwicklungen sowohl in Richtung Europäisches Sicherheitssystem als auch für Entwicklungen im Mittelost und Südosteuropäischen Raum.
- Die Teilnahme an der politischen, ökonomischen und militärischen Konfliktprävention wird unerlässlich.
- Das Mitgestalten kann im Sinne der eigenen Sicherheitsinteressen erfolgen.
- Eine aktive österreichische Sicherheitspolitik ist im europäischen Kontext zu sehen.

Das bedeutet:

- Das österreichische Bundesheer muß fähig sein, sowohl eigenständig Krisen zu bewältigen als auch zu einer internationalen

Krisenbewältigung einen Beitrag zu leisten.

- Die Mitgliedschaft bei der EU bedingt á la longue auch eine solche bei der WEU. Die Koppelung mit der NATO ist eine noch nicht geklärte Frage.
- Aktivitäten unterschiedlicher Intensität sind in Richtung mittelost- und südeuropäische Staaten, Ukraine und Rußland zu entwickeln.

Derartiges ermöglicht:

- die Einbindung in die Entwicklung einer zwischenstaatlichen Friedensordnung,
- das österreichische Anliegen, die Stabilität der östlichen und südöstlichen Nachbarn zu einem Gemeinschaftsanliegen zu machen,
- Mitkonstrukteur der zukünftigen Sicherheitsgemeinschaft zu sein sowie
- aus der sicherheitspolitischen Lastenteilung einen Kosten-Nutzen Vorteil zu ziehen.

Streitkräftebeiträge ergeben sich

- im national/europäischen Bereich durch Sicherung und Abwehr an Außengrenzen, durch Boden-Luft-Verteidigung, durch Flexibilität und Mobilität sowie in Form einer verbesserten Ausrüstung besonders im Luftraumverteidigungsbereich und in den genannten Prioritäten sowie in qualifiziertem Personal,
- im internationalen Bereich, sei es durch Peacekeeping, Hilfe für mittel- und südosteuropäische Staaten, Spezialeinheiten für Katastrophenhilfe, Spezialverbände für alpines Gelände, andere UN-Verpflichtungen sowie die Entwicklung wissenschaftlich analytischer Fähigkeiten.

Die Integration nimmt Gestalt an

Der Ministerrat hat zuletzt im November 1994 seine Solidarität mit der EU als Ganzes bekundet. Dem Schengener Abkommen wurde 1995 beigetreten.

Als WEU-Beobachter eröffnen sich weitgefaste Optionen. Dazu zählen Mitwirkung in der Euro Longterm- und Western European Logistic Group, also Arbeitsgruppen, in denen mit einer Weichenstellung für die Zukunft zu rechnen ist, sowie in der Reflexionsgruppe zur gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der 27.

Das NATO/PfP-Einführungsdokument wurde übergeben, in diesem Rahmen wird bereits an zahlreichen Arbeitsprogrammen teilgenommen, gemeinsame Übungen erfolgen vor allem mit Nachbarländern. Die Streitkräfte selbst stellen sich auf Interoperabilität um - und das gilt für jeden internationalen Einsatz - durch Teilnahme besonders an den vorbereitenden Arbeiten zu gemeinsamen Übungen und durch Übernahme allgemein gültiger Standards. Im Führungsbereich betrifft das sowohl das Konzept als auch die Verfahren und die Mittel.

Zur Struktur der österreichischen Streitkräfte selbst ist anzumerken:

Mit der Heeresgliederung-Neu wurden die richtigen Prioritäten gesetzt. Der Modulaufbau macht zukünftige Entwicklungen leichter. Die Richtung dürfte stimmen. Auf jeden Fall sollte die Organisation, wo immer möglich, ökonomischer gestaltet werden. Das kann erfolgen durch klare Aufgabenteilung, breitere Führungsspanne, mehr Kompanien in den Regimentern, in Summe durch mehr Kampfkraft, bei weniger Oberbau. Bei den britischen Streitkräften lautet das Schlagwort für dieses Vorhaben „frontline first“. Welche Komponenten für Führung, Luftverteidigung, Mechanisierung oder aber Alpinkräfte notwendig sein werden, wird die Entwicklung klären.

Der neue Planungszyklus ist routinemäßig bereits angelaufen. Der Umfeldbericht, der im Juli 1991 der Bundesregierung vorgelegt wurde, wird auf den letzten Stand gebracht, die Arbeiten zum Situationsbericht zur Heeresgliederung-Neu wurden mit der zweiten Jahreshälfte 95 aufgenommen.

Zusammenfassung

Seine historische und zeitgeschichtliche Vergangenheit kann sich ein Land nicht aussuchen. Man hat sie, man sollte aber aus ihr lernen.

Tausend Jahre lag und liegt Österreich an einer Flanke, in einem latenten oder aktuellen Spannungsfeld. Eine diesbezügliche "Schönwetterperiode" hat noch nie einen "ewigen Sommer" bedeutet. Österreichs Miteinbeziehen in dieses Spannungsfeld erfolgte manchmal schicksalhaft, von „ismen" der anliegenden Staaten bestimmt, oft aber auch durch eigene Uneinigkeit und Halbherzigkeit, wofür ein hoher Preis bezahlt wurde. In diesem Zusammenhang wurde auf die Heeresreformen deswegen näher eingegangen, weil über Jahrhunderte eigentlich immer die selben Fragen zu beantworten waren. Sie betrafen die Spitzengliederung, den Kleinen Verband, die Technik, den statisch/beweglichen Einsatz, die Einsatzbereitschaft, die Rekrutierung, die Wehrpflicht, die gesellschaftliche Integration, die innere Führung und die Motivation, die Ausbildung der Kader für den Einsatz sowie die Finanzen, Ökonomie und die Privatisierung. Dies sollte man auch in Zukunft im Bewußtsein behalten.

Heute und auch weiterhin ist dazu beizutragen, wirtschaftliche, humanistische und demokratische Gefälle in unserer Region, oft verbunden mit ethnischen Spannungen, abzubauen, weil sie zu Turbulenzen führen können, die in militärischen Auseinandersetzungen enden könnten. Diesbezügliche Fortschritte mit den Nachbarstaaten sind zu erkennen und selbst kurzfristig vielversprechend. Anders verhält es sich mit den zwei genannten Krisenbögen. Hier sind mittel- und langfristig nachhaltige Probleme zu erwarten.

Für einen generellen Spannungsabbau dürften selbst die vereinten Kräfte nicht ausreichen. Hier handelt es sich nicht um ein österreichisches, sondern um ein europäisches, ja internationales Problem, doch gehört Österreich zu den vorrangig Betroffenen.

Dieses Land ging in unterschiedlicher Größe und Gestalt über Höhen durch Tiefen und war für die sieben Jahre vor 1945 überhaupt von der Landkarte verschwunden. Es findet, durch Leid geprägt, bis Mitte der fünfziger Jahre zu sich selbst.

In gemeinsamer Dynamik wird es bis Mitte der sechziger Jahre gestaltet. Bis Mitte der achtziger Jahre geht es auf Äquidistanz im Kalten Krieg, wobei die wirtschaftliche Einbindung bei politischer Abstinenz in Europa und internationales Engagement mit humanistisch ideologischem Hintergrund aufrecht bleibt.

Die Zuwendung zur europäischen Integration beginnt in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre.

Die Frage der Intensität stellt sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre.

Gemeinsam war vielen Reformen:

- die logische Ableitung aus dem außen- und sicherheitspolitischen Verhalten,
- eine eher improvisatorische sicherheitspolitische Legitimation (Der Landesverteidigungsplan 75 wurde 1983 beschlossen und gilt 1995 trotz signifikanter Veränderungen noch immer.),
- eine Anfangsbegeisterung, aber auch
- eine durch Ressourcenmangel bedingte Ernüchterung und in der Folge
- ein streitkräfteinternes Konfliktpotential sowie
- die Scheu vor rechtzeitigen Korrekturingriffen wegen befürchteter Vorwürfe des Versagens.

Militärische Strukturen und Konzepte ließen also die politischen Linien erkennen: Drei Reorganisationen können als bedeutsam angesehen werden, und zwar die der Jahre 1962, 1978, 1992.

- Die Heeresgliederung 62 ist mit den Namen Prader, Seitz und Habermann verbunden. Sie diente der Optimierung mit Schwergewicht Einsatzbereitschaft. Ihr Manko war der Kompromiß, der Organisationsrahmen war dadurch zu groß geraten. Entscheidend für ihr Auslaufen waren aber die komplett anderen Konzeptionen der politischen Verantwortungsträger der siebziger Jahre.

- Für die Landwehrorganisation 78 stehen die Namen Rösch und Spannocchi. Unter den Stichworten Allgemeinverständlichkeit, Miliz, technisches Unterlaufen und billig fand sie Anklang. Auch die Finanzierung entwickelte sich wegen der politischen Akzeptanz besser als erwartet. Die waffentechnische Entwicklung ließ jedoch schon in den Anfängen ihrer Umsetzung die zeitliche Begrenztheit erkennen. Technisch war die Raumverteidigung somit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre überholt, die damit verbundene Taktik zu hinterfragen. Mit der Beendigung des Kalten Krieges paßte sie auch sicherheitspolitisch nicht mehr. Ihr Auslaufen begann.

- Die Heeresgliederung-Neu 92 firmiert unter den Namen Fasslabend und Majcen.

Ihre Tendenz entspricht der sicherheitspolitischen Entwicklung, die wieder nach Einsatzbereitschaft, Beweglichkeit und Technik verlangt. Die zu ihrer Durchsetzung eingegangenen Kompromisse verzögern ihre inhaltliche Umsetzung.

Zum Unterschied von den beiden erstgenannten Reorganisationen ist jedoch die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, daß ihre Richtung beibehalten werden kann. Womit sie bei Verfügbarmachung der Ressourcen zur größten und effizientesten Heeresreform mit einer nächsten „follow up“ und nicht einer „up side down“ Heeresgliederung werden kann.

Heute sind die Erwartungen in die integrative Sicherheit Europas groß. Das erkennt man schon an der Enttäuschung wegen des Nochnichtfunktionierens, z.B. am Balkan. Noch nicht so bewusst ist, daß ein diesbezüglicher, von Europa erwarteter Selbstfindungsprozeß sinngemäß auch österreichintern notwendig ist, d.h. Mitwirkung, um auch von den anderen verlangen zu können.

Die Verantwortlichen im österreichischen Bundesheer sind geistig und instrumentell auf die Lösung derartiger Fragen vorbereitet. Die Analysen und konkreten Vorarbeiten wurden eingeleitet. Eine zeitgerechte strukturelle Anpassung ist durchführbar. Die Voraussetzung dafür ist, wie für alle Heeresreformen, das politische Wollen, das sich kurz- und mittelfristig noch klarer als dargestellt ausdrücken wird. Nach der Akklimatisierung in der EU und der Regierungskonferenz 1996 ist anzunehmen, daß Klarheit darüber bestehen wird, daß sich Österreichs Sicherheit in der gemeinsamen europäischen Sicherheit findet.